

Kein gutes Signal für öffentliche Forschungspolitik!  
- Zur Privatisierung des Forschungszentrums  
CAESAR  
(Presseerklärung Jonas Bens)



Zur Übergabe des Forschungszentrums CAESAR in Bonn an die Max-Planck-Gesellschaft erklärt Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.NRW:

Das Forschungszentrum Caeser wird nach einem Beschluss des Stiftungsrates, in dem sowohl der Bund als auch das Land NRW sitzen, an die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) abgetreten. 2004 hatte der Wissenschaftsrat in einer Bewertung dem Bonner Forschungszentrum, das 1995 mit 750 mio DM im Rahmen des Bonn-Berlin-Gesetzes errichtet wurde, ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. "Dies ist ein schlechtes Signal für öffentliche Forschungspolitik. Das Projekt hat Mitte der 90er Jahre unermesslich an Steuergeldern verschlungen und wenn Probleme auftauchen, fällt der öffentlichen Hand nichts besseres ein, als CAESAR quasi zu privatisieren." sagte Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.NRW.

In der Tat wären Umstrukturierungen des Forschungszentrums nötig gewesen, aber sowohl der Bund als auch das Land NRW waren nicht bereit, CAESAR gemeinsam mit der Universität Bonn öffentlich weiterzuführen. Mit der Abtretung an die MPG ist hingegen eine völlige Umstrukturierung verbunden. Man will fortan einen Schwerpunkt auf Neurowissenschaften setzen, die bisher in CAESAR nicht direkt vertreten waren. Mit neurowissenschaftlicher Forschung verspricht sich die MPG finanzkräftige Aufträge aus der Pharmabranche. Aber ob das dem ursprünglichen Sinn, in der Region innovative Arbeitsplätze zu schaffen und den Wissenschaftsstandort NRW zu stärken, gerecht wird, ist zweifelhaft. Denn an positiven Effekten für den Arbeitsmarkt ist die MPG nicht in erster Linie interessiert.

"Die Max-Planck-Gesellschaft wird sich jedenfalls freuen. Sie bekommt ein Hunderte Millionen Euro schweres Forschungszentrum quasi auf dem Silberteller serviert, das sie nach ihrem Gutdünken umgestalten kann. Ob öffentliche Hand und Steuerzahler letztlich einen Nutzen davon haben und nicht nur die Geldbeutel großer Pharmafirmen, bleibt abzuwarten. Entscheiden können das auf jeden Fall die BürgerInnen nicht mehr." so Jonas Bens abschließend.